INFORMATIONEN

GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln
Telefon 0221 97269 -30 | Fax -31
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de
@grundrechte1

#02
Mai 2022

Demonstration von Fridays For Future am Freitag 24. September 2021 in Wien, Österreich © dpa

MUT ZU EMANZIPATORISCHEM WANDEL – AUCH WÄHREND DES KRIEGS

Am 24. Februar ordnete der russische Präsident Wladimir Putin eine umfassende Invasion der Ukraine an. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg eskaliert seitdem rasant. Es mehren sich Berichte von Kriegsverbrechen: die Bombardierung flüchtender Menschen aus Mariupol, hunderte ermordete Zivilist*innen in Irpin, Butscha und Hostomel, systematische Vergewaltigungen. Begleitet wird der russische Krieg vom Ausschalten der schon zuvor weitgehend zerschlagenen russischen Opposition. Die letzten unabhängigen Medien mussten ihre Arbeit einstellen, verbliebene NGOs wurden vertrieben, autoritäre neue Gesetze kriminalisieren jeglichen Dissens. Offiziell darf in Russland vom Krieg nur als „Spezialoperation“ gesprochen werden. Dabei ist die Realität klar zu erkennen: Millionen von Ukrainer*innen sind auf der Flucht, gleichzeitig ist der Widerstand gegen das russische Militär enorm. Neben der Regierung unter Präsident Wolodymyr Selenskyj signalisieren viele Menschen in der Ukraine vehement, dass es sich um eine existenziell notwendige Verteidigung handelt und fordern internationale Unterstützung.

Mit Kriegsbeginn entstand hierzulande eine große praktische Solidaritätswelle für Ukrainier*innen, durch Aufnahme, Unterbringung und Spenden. Tausende demonstrierten zudem gegen den Krieg. In diese Stimmung hinein verkündete Kanzler Olaf Scholz Waffenlieferungen an die Ukraine und die massive Aufrüstung der Bundeswehr. Die militärische Logik verbreitet sich seither ohne Unterlass. Viele sind bereit, eine weitere Bewaffnung der ukrainischen Armee sowie weitere Eskalationsschritte mitzutragen. Die Rüstungskonzerne profitieren von der Situation, Rheinmetall bietet der Ukraine gar am deutschen Parlament vorbei Panzer zum Verkauf an. Aber die Lieferung schwerer Waffen in das Kriegsgebiet kann verheerende Folgen haben.

Während auf der einen Seite über weitere Waffenlieferungen an die Ukraine debattiert wird, finanziert Deutschland indirekt auch die russischen Truppen: Russlands Wirtschaft und damit seine Fähigkeit zur langfristigen Kriegsführung ist vom Verkauf fossiler Energieträger abhängig. Deutschland bleibt einer der größten Abnehmer insbesondere von Gas und finanziert demnach diesen Krieg mit. Die Kritik daran wächst und rückt die Energiefrage in den Fokus: Eine Mehrheit der Bevölkerung befürwortete Mitte März ein deutsches Energieembargo gegen Russland – trotz möglicher schwerer Folgen für die Wirtschaft. Doch bisher heißt es aus der Ampelregierung noch, es sei nicht möglich, komplett auf die russischen Lieferungen zu verzichten.

„Es reicht nicht, einen Zustand anzustreben, in dem lediglich akute kriegerische Auseinandersetzungen und direkte Gewalt abwesend sind.“

Laut aktueller wirtschaftswissenschaftlicher Studien wäre ein Embargo dabei sehr wohl machbar. Es bräuchte allerdings die Bereitschaft, deutliche Energiereduktionen in der Industrie umzusetzen und wirtschaftliche Einbußen in Kauf zu nehmen. Die rot-gelb-grüne „Solidarität“ mit der Ukraine hört an dieser Stelle auf. Die Bundesregierung will die deutschen Wirtschaftsinteressen nicht gefährden, ist aber umso stärker bereit, weitere Waffenlieferungen zu diskutieren, um sich nicht Untätigkeit vorwerfen zu lassen.

DIE ENERGIEFRAGE UND DER KRIEG

Doch selbst wenn der öffentliche Druck für ein Energieembargo die Ampel zum Einlenken zwingen sollte, wäre längst nicht alles gewonnen. Denn die von Wirtschaftsminister Robert Habeck vorgebrachten Alternativen sind scheinheilig. Statt vom Autokraten Putin kauft die Bundesregierung ihre Energie künftig wohl von Regimen in Katar oder Libyen. Oder sie unterstützt für diesen Zweck mittelbar die Vertreibung indigener Bevölkerungen in Kolumbien, Kanada oder den USA. Um nicht von Diktatoren und Autokraten abhängig zu bleiben, bräuchte es dagegen eine schnelle und komplette Dekarbonisierung. Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren im Osterpaket geht in die richtige Richtung. Allerdings müsste auch endlich eine echte Verkehrswende inklusive Tempolimit als überfälligem Schritt eingeleitet werden.

Eine konsequente Umsetzung der Energiewende, die nicht zulasten der Ärmsten geht, wird ohne Druck von unten dabei kaum zu erreichen sein. Diese Aufgabe obliegt vor allem den sozialen Bewegungen. Hoffnungsvolle Signale sind durchaus zu erkennen: *Fridays for Future* hat sich am Klimastreik am 25. März ebenfalls scharf gegen den Krieg positioniert, die zentrale Bedeutung der Energiefrage im Krieg in der Ukraine ist den Aktivist*innen bewusst. Gleichzeitig hat sich etwa das Bündnis *Rheinmetall entwaffnen* aufgemacht, mit neuen Impulsen in die Friedensbewegung hineinzuwirken und der Aufrüstung sowie der fortschreitenden Kriegslüsternheit Deutschlands mit Widerstand zu begegnen. Im März gelang dem Bündnis auf einer Konferenz in Kassel dazu ein thematischer Brückenschlag mit den Initiativen *Abolish Frontex, Ende Gelände* und *Fridays for Future* – die Abhängigkeit zwischen Klimakrise, patriarchaler Gewalt und Kriegen wurde breit diskutiert. Im Anschluss fand ein gemeinsamer bundesweiter Aktionstag gegen den Krieg und die Abhängigkeit von fossilen Energien statt.

Um zeitgemäße Antworten auf den Krieg in der Ukraine zu finden, wird es aber auch stärkere internationale Vernetzung von unten benötigen – nicht zuletzt mit Aktiven aus Osteuropa und Russland. Austausch der emanzipatorischen Bewegungen hatte es in den vergangenen Jahrzehnten immer gegeben, ob bei Protesten gegen Gipfeltreffen, im Rahmen des Weltsozialforums, bei den intergalaktischen Treffen der Zapatist*innen oder bei der Unterstützung Rojavas. Diese Gespräche wieder zu intensivieren, bleibt eine wichtige Aufgabe.

FÜR EINEN NACHHALTIGEN FRIEDEN

Egal, wo man sich am Ende engagiert – immer deutlicher wird die Erkenntnis, dass die Sicherheit vor Krieg und seinen Folgen untrennbar mit der Sicherheit vor Umweltzerstörung verknüpft ist. Es reicht nicht, einen Zustand anzustreben, in dem lediglich akute kriegerische Auseinandersetzungen und direkte Gewalt abwesend sind. Krieg – sei es in der Ukraine, im Yemen oder in Syrien – trifft überall die Zivilbevölkerungen, er verursacht stets grauenvolles Leid. Daher müssen auch die indirekten und strukturellen Formen von Gewalt präventiv und nachhaltig beseitigt werden. Ein solcher Friedensprozess setzt auf eine langfristige Transformation hin zu sozialer Gerechtigkeit, in der Armut, Diskriminierung und soziale Spaltung nicht mehr existieren und die Lebensgrundlagen, auch die ökologischen, geschützt sind – entscheidende Bedingungen für einen nachhaltigen Frieden.

Der Krieg in der Ukraine zeigt hierbei klar auf, dass die für einen geforderten Wandel gewöhnlich vorgeschobenen Ausreden keinerlei Rolle spielen: Die Bundesregierung kündigte rasch die massive Erhöhung des Verteidigungshaushaltes an, während zuvor jahrelang erfolglos Investitionen in soziale Infrastruktur und erneuerbare Energien verlangt wurden. Flüchtende ukrainischer Nationalität werden plötzlich fast unbeschränkt aufgenommen, während (Kriegs-)flüchtende sonst endlos um grundlegenden Zugang zu Aufenthalt und Versorgung kämpfen müssen und weiter der vorherrschenden Abschreckungspolitik ausgesetzt sind.

Festnahme in der Twerskaja-Straße in Moskau im März 2022 © Avtozak LIVE , CC BY 4.0

„Um zeitgemäße Antworten auf den Krieg in der Ukraine zu finden, wird es stärkere internationale Vernetzung von unten benötigen.“

Es braucht aber einen echten Wandel. Die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen bedürfen emanzipatorischer Kämpfe und viel Engagement. Wir treten ein für eine andere Zeitenwende: Hin zu einer Welt, die antirassistisch, antikapitalistisch, ökologisch und feministisch ist. Wir sind dafür auf der Suche nach neuen Wegen, zusammen und in Verbindung mit Gleichgesinnten – in der Ukraine und in Russland, innerhalb und an den Grenzen Europas und überall auf der Welt. Und wir engagieren uns weiter für einen nachhaltigen Frieden – auch, indem wir uns gegen die autoritäre Entwicklung im Inneren stellen. Denn ein Abbau von Grund- und Menschenrechten ebnet stets den Weg für eine aggressive Politik nach außen.

■ Die Redaktion

Ein Interview mit Elise Kopper, Geschäftsführerin Frauennetzwerk für Frieden e.V.

IN FRIEDEN STATT IN KRIEGE INVESTIEREN

Anlässlich des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine wird von einer Ohnmacht der Friedensbewegung gesprochen – andererseits werden friedenspolitische Stimmen kaum in die öffentliche Debatte einbezogen. Wie diskutiert ihr derzeit die Diskussionen und Statements in der Friedensbewegung?

Ohnmacht und Hilflosigkeit sind Gefühle, die sicher viele von uns empfunden haben, als Ende Februar die Angriffe der russischen Regierung auf die Ukraine begannen. Doch schon wenige Stunden nach den ersten Meldungen kamen überall in Deutschland Tausende Menschen zusammen, um gegen den Krieg zu protestieren. In den folgenden Wochen stellten Menschen aus der Friedensbewegung die größten Friedensdemos seit 20 Jahren auf die Beine, veröffentlichten etliche Statements und Hintergrundpapiere, schufen Diskussions- und Vernetzungsangebote. Auf verschiedenen Websites wurden wahre Schätze an Expertise zu Abrüstung, Deeskalation, Desertion, ziviler Konfliktbearbeitung, gewaltfreiem Widerstand oder sozialer Verteidigung im Kontext des Kriegs in der Ukraine gesammelt. Ja, die Friedensbewegung sitzt nicht an den Schalthebeln der Macht. Sie hat extrem knappe Ressourcen. Und sie ist sich auch nicht in allen Einschätzungen einig. Aber deswegen ist sie noch lange nicht ohnmächtig. Es gibt vielen Menschen Kraft, sich zu organisieren, Wissen zu teilen, Forderungen zu formulieren und diese auf die Straßen zu tragen. Dieser gemeinsame Einsatz für den Frieden hat einen hohen gesellschaftlichen Wert.

Wie kann weiterhin pazifistisch gegen Waffenlieferungen argumentiert werden, obwohl große Teile der ukrainischen Bevölkerung eben jene fordern?

Das ist eine sehr schwierige Frage, die auch viele Menschen in der Friedensbewegung an die Grenzen ihrer Überzeugungen bringt. Denn natürlich ist das Bedürfnis stark, den Menschen in der Ukraine helfen zu wollen. Aus pazifistischer Sicht wird jedoch befürchtet, dass noch mehr Waffen die Kriegsdynamik weiter verschärfen und damit nur zu noch mehr Opfern führen werden. Und auch auf das mögliche Ende wird verwiesen: Anfangs wollte Deutschland nur Helme liefern, danach sogenannte Defensivwaffen, jetzt ist von schweren Geschützen, Panzern und Kampfflugzeugen die Rede. Wann und womit wird diese Kriegsspirale enden? Mit dem offiziellen Kriegsbeitritt der NATO? Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass jede weitere militärische Eskalation in diesem Krieg den Einsatz von Nuklearwaffen auslösen kann. Die Städte der Ukraine wären dabei wahrscheinlich die ersten Ziele. Die Folgen, also Millionen von Toten, die Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche auf Jahrzehnte, wollen wir uns gar nicht vorstellen. Wir müssen sie uns aber jedes Mal bewusst machen, wenn wir über Waffenlieferungen und deren mögliche Folgen und Risiken sprechen.

Gleichzeitig müssen wir alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen und die Kriegsdynamik zu stoppen: ersteres etwa durch Massenevakuierungen, Luftbrücken, humanitäre Hilfe und die Aufnahme aller flüchtenden Menschen. Letzteres insbesondere durch den Entzug von Geldern zur Kriegsfinanzierung, etwa durch die Einstellung von Öl- und Gasimporten aus Russland.

Einige Regierungen schreiben sich eine „feministische Außenpolitik“ auf die Fahnen und im Koalitionsvertrag hat das auch Deutschland erstmals getan. Ist das nur eine hohle Phrase oder ein Schritt hin zu einer besseren Außenpolitik?

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn sich Regierungen zu einer feministischen Außenpolitik bekennen wollen. Es ist gut vorstellbar, dass die neue Regierung tatsächlich mit der Absicht angetreten ist, die deutsche Politik in diesem Sinne verändern zu wollen. Aber das, was gerade in Deutschland passiert, ist weit weg von einer feministischen Außenpolitik. Die Entscheidung, 100 Milliarden Euro per Sondervermögen in die Bundeswehr zu investieren und gleichzeitig den Verteidigungshaushalt auf mehr als 2% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, macht alle guten Absichten zunichte. Kern einer feministischen Außenpolitik ist der Abzug von Geldern aus dem militärischen Sektor und gleichzeitig die konsequente Investition dieser Gelder in zivile Friedensförderung, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und andere soziale Sektoren: „Move the money from war to peace“ ist eine der Losungen der Frauenfriedensbewegung. Und auch wenn jetzt diskutiert wird, dass ein Teil dieser Milliarden auch in andere Formen von Sicherheit investiert und nicht rein militärisch verwendet werden soll, so bleibt doch eins ganz klar: Das Militär, Rüstungskonzerne und die alte patriarchale Machtordnung, die durch eine feministische Außenpolitik eigentlich überwunden werden sollen, werden die Hauptprofiteure sein.

Protest gegen die türkische Militäroffensive in Nordsyrien im Jahr 2019 beim Rüstungsunternehmen Krauss Maffei Wegmann © dpa

Das Interview führte Laura Kotzur mit Elise Kopper vom Frauennetzwerk für Frieden e.V. (FNF). Zweck des 1996 gegründeten Vereins ist die enge Kooperation von Frauen und Frauenorganisationen, die in der Friedensarbeit aktiv oder an ihr interessiert sind.

ZUR NOTWENDIGKEIT KONKRETER POLITISCHER FORDERUNGEN IM KONTEXT DES KRIEGES. EIN DEBATTENBEITRAG

Der Krieg in der Ukraine geht auch Mitte April mit unverminderter Härte weiter. Erschreckende Bilder von Kriegsverbrechen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung erreichen uns täglich. Zugleich emigrieren zehntausende Russ*innen aus einem Land, in dem Proteste gegen den Krieg martialisch geahndet werden. Kriegsbedingt steigen weltweit die Nahrungsmittelpreise, es kommt zu Engpässen. Neben Hungersnöten könnte es zu (Bürger)kriegen in den betroffenen Regionen kommen.

Es gibt in Deutschland mittlerweile überraschend viele linke Beiträge, die zwar eine klare Haltung gegen den/jeden Krieg formulieren, aber auf weitere Positionierungen und Analysen verzichten. Das ist in Anbetracht der vielen Toten und der schwerwiegenden Folgen des Krieges, die noch zu erwarten sind, zu wenig. Daher muss die außerparlamentarische Linke dringend über Strategien diskutieren, die die Beendigung des Krieges und die nachhaltige Aufnahme von Friedensverhandlungen fördern könnten.

Derzeit wirkt es fast so, als hätten viele Angst davor, sich in die Untiefen der Ausarbeitung konkreter Forderungen herabzuwagen. In der Tat ist es konsensfähiger, pauschal gegen Krieg zu argumentieren und zu demonstrieren, statt Vorschläge zu entwickeln, wie in einer historisch-konkreten Situation zu agieren wäre. Es werden hier im Folgenden zwei Forderungen diskutiert: die Besteuerung russischer Vermögen in Europa und ein möglicher Schuldenerlass für die Ukraine.

RUSSISCHES KAPITAL IN EUROPA

Die in der Linken konsensfähigste Forderung ist die Besteuerung russischen Kapitals in der EU. Die vom französischen Ökonom Thomas Piketty vorgebrachte Idee sieht vor, Kapitale zu besteuern, statt sie nur „einzufrieren“. Dadurch könnten die Millionär*innen und Milliardär*innen nicht mehr einfach davon ausgehen, dass ihre Kapitale zu einem Zeitpunkt X wieder „entfroren“ werden. Denn dies beschert ihnen aktuell zwar Unannehmlichkeiten, doch das Kapital selbst bleibt unangetastet. Eine Steuer hingegen würde reiche Russ*innen finanziell empfindlich treffen und wesentlich stärkeren Unmut bewirken, denn dadurch verringert sich ihr Vermögen. Zugleich fehlt für eine erfolgreiche Umsetzung einer Besteuerung genau dieselbe Grundlage, die auch das „Einfrieren“ selbst harmlos werden lässt: Der Ausbau des bislang sehr lückenhaften Transparenzregisters zu einem Vollregister, welches die Eigentumsverhältnisse offenlegt. Erst ein solches Register würde es überhaupt ermöglichen, alle russischen Kapitale zu identifizieren und damit wahlweise einzufrieren oder eben zu besteuern. Dass die politischen und gesellschaftlichen Eliten den Vorschlag der Besteuerung geflissentlich ignorieren, ist folgerichtig. Denn zum einen würde der dafür notwendige Ausbau des Transparenzregisters alle Kapitale betreffen und damit Finanztransaktionen offenlegen. Zum anderen wäre mit der Erhebung einer solchen Steuer Tür und Tor für eine echte Vermögenssteuer in Deutschland und Europa geöffnet. Aus linker Perspektive sollten wir uns also dringend mit einer derartigen Steuer auf russische Vermögen auseinandersetzen, denn es bestünde die Hoffnung, dass reiche Russ*innen weiterhin einen gewissen Einfluss auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin haben und ihn von seinem Kriegskurs abbringen könnten. Darüber hinaus wäre zu diskutieren, wohin der Ertrag einer solchen Steuer fließen könnte.

Projektion auf dem Gebäude des Russischen Konsulats, Frankfurt am Main, 4. April 2022 © dpa

EIN SCHULDENERLASS FÜR DIE UKRAINE

Der Forderung nach einem Schuldenerlass für die Ukraine wird sowohl von der ukrainischen Regierung als auch von ukrainischen Linken vorgebracht. Innerhalb der deutschen Linken wird dies jedoch bisher kaum aufgegriffen. Es gibt einige Argumente, die für eine Schuldenstreichung sprechen: Es scheint perfide, von der Ukraine weiter die Tilgung von Schulden zu erwarten, da sie kaum noch Einnahmen erwirtschaften kann und dringend Geld zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur benötigt. Aktuell wird die ukrainische Regierung jedoch systematisch tiefer in eine Verschuldung bei IWF und Weltbank und verschiedenen westlichen Ländern getrieben. Bei einem Schuldenerlass wären dagegen die Handlungsspielräume der Ukraine weniger mit NATO-Interessen verquickt, was gerade in Hinblick auf mögliche Friedensverhandlungen mit Russland eine wichtige Rolle spielen könnte. Weiter bliebe zu hoffen, dass durch eine Entschuldung die Bedingungen für die Umsetzung emanzipatorischer Politik – etwa in Hinblick auf soziale Ungleichheit – in einer befriedeten souveränen Ukraine verbessert werden könnten. Andernfalls ist davon auszugehen, dass die westlichen Institutionen ihre gängigen Austeritätspolitiken implementiert sehen wollen, die die ukrainische Rechte weiter stärken könnten. Ganz realpolitische Erwägungen lassen also einen Schuldenerlass unterstützenswert erscheinen.

■ Yvonne Franke

Yvonne Franke ist seit November 2021 im Vorstand des Grundrechtekomitees und arbeitet zu Macht und Herrschaftsverhältnissen und Globaler Sozialer Ungleichheit.

Protest gegen Frontex in Bern © dpa

FRONTEX UND DIE FESTUNG EUROPA – INFOTOUR

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. organisiert zusammen mit seinem Schwesterprojekt der CILIP und dem Schweizer Solidarité sans frontières (Sosf) in den kommenden Monaten eine Infotour zur Grenzschutzagentur Frontex. Wir wollen das komplexe Thema zugänglicher machen, denn für zukünftige Diskussionen und widerständige Praxen braucht es fundiertes Wissen über das EU-Migrationsregime und seine Auswirkungen. Um uns gegen voranschreitende Überwachung, Abschottung und Militarisierung zu wehren, müssen wir deren Ausmaße und Funktionsweisen verstehen. Darüber hinaus wollen wir Betroffene, Aktivist*innen, Expert*innen und Interessierte miteinander vernetzen.

Die aktuelle Dreier-Kooperation zu Frontex verdanken wir unserem verstorbenen Freund und Vorstandsmitglied Heiner Busch, der in allen drei Organisationen aktiv war und sie maßgeblich mitprägte. Das aktuelle Heft der CILIP trägt den Titel „Die EU – Ein Polizeistaat neuer Prägung?“ – eine Frage, die Heiner aktualisiert diskutiert wissen wollte. Das neueste Schweizer Heft von Sosf dreht sich ebenfalls um den Ausbau der EU-Migrationsabwehr. Darin ein Text des Grundrechtekomitees: Frontex abschaffen! Grenzschutz und Menschenrechte, ein Widerspruch in sich.

Anlass ist zunächst das Schweizer Frontex-Referendum: Das Schweizer Parlament hatte im vergangenen Jahr entschieden, den aktuellen Beitrag von 23,5 Millionen Euro auf 60 Millionen zu erhöhen. Dagegen mehrt sich Kritik: Das Referendum am 15. Mai wird zeigen, ob sich die Bevölkerung der Schweiz an dem Ausbau von Frontex weiter beteiligen will.

Die Infotour beginnt Ende April in der Schweiz mit dem Fokus auf Frontex und die zentrale Mittelmeerroute zwischen Libyen und Italien. Frontex spürt dort per Luftüberwachung Boote mit Geflüchteten auf dem Weg nach Europa auf und informiert die sogenannte Libysche Küstenwache. Über diese Hintertür lässt die EU tausende Menschen jährlich nach Libyen zurück schleppen. Britta Rabe vom Grundrechtekomitee berichtet aus ihrer Perspektive als Aktivistin beim Watch the Med Alarmphone und Matthias Monroy, Redakteur der Zeitschrift CILIP, von seinen langjährigen Recherchen. Ein Mitglied des Eritreischen Medienbundes erzählt über die direkten Auswirkungen der Abschottungspolitik auf Geflüchtete. Wie ist die Realität in libyschen Lagern und welche Verantwortung trägt Europa dafür?

Termine und Orte der Infotour werden laufend ergänzt auf www.grundrechtekomitee.de/details/frontex-und-die-festung-europa-infotour

Wir freuen uns über Anfragen und Einladungen für Veranstaltungen – online oder bei Ihnen und Euch vor Ort!

■ Britta Rabe

DER KOMITEE-SALON

REGELMÄSSIGE VERANSTALTUNG DES GRUNDRECHTEKOMITEES

KOMITEE Salon – Veranstaltung –

Mit dem Wunsch, regelmäßig mit unseren Mitgliedern und Interessierten inhaltlich ins Gespräch zu kommen, starten wir ab Sommer 2022 eine neue Veranstaltungsreihe. Ob als Präsenzveranstaltung oder Online-Diskussion – wir werden jeweils eine Fragestellung aus unserem weit gefächerten Themenspektrum beleuchten und freuen uns auf erkenntnisreichen Austausch!

Starten wollen wir Anfang Juli in Berlin. Die Details veröffentlichen wir zeitnah auf unserer Webseite.

Artikel und Kommentare

Folgende Online-Beiträge finden Sie auf unserer Webseite: www.grundrechtekomitee.de

- **Andreas Krebs: Sofortige Überstellung nach Deutschland nötig!**
  Rundschreiben
  07.04.2022
- **Kein Abschiebegefängnis in Düsseldorf oder anderswo – Bleiberecht statt Abschiebung**
  Bündniserklärung
  05.04.2022
- **„Der Werkzeugkasten der Innenpolitik kennt nur Polizei, Überwachung und Repression“.**
  Interview mit Michèle Winkler
  04.04.2022
- **Zweierlei Maß? Eine Analyse des polizeilichen Umgangs mit politischem Protest in der Corona-Pandemie in Leipzig**
  von Aaron Reudenbach
  31.03.2022
- **Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigernde aus Russland, Belarus und der Ukraine!**
  Gemeinsamer Appell an den Deutschen Bundestag
  29.03.2022
- **Gegen Krieg und Militarisierung! Unsere Zeitenwende muss sozial-ökologisch sein!**
  Statement des Grundrechtekomitees
  20.03.2022
- **Einschüchterungsversuch der Kreisverwaltung Unna. Grundrechtekomitee & Abschiebungsreporting NRW wehren sich gegen Abmahnung**
  Pressemitteilung
  17.03.2022
- **Zu diesem Zeitpunkt dagegen. Warum das Grundrechtekomitee in der aktuellen Lage eine allgemeine Impfpflicht ablehnt**
  Statement des Grundrechtekomitees, 09.03.2022
- **Flüchtlingspolitische Forderungen zur Landtagswahl NRW**
  Forderungspapier an die künftige Landesregierung
  02.03.2022

PROJEKT ABSCHIEBUNGSREPORTING NRW: EIN ZWISCHENSTAND

Das Projekt „Abschiebungsreporting NRW“ hat im August 2021 die Arbeit aufgenommen. Ziel der im Grundrechtekomitee angesiedelten Dokumentationsstelle ist es, besonders inhumane Aspekte der Abschiebungspraxis in NRW an Einzelfällen öffentlich zu machen und besondere Härten bei Abschiebungen in den Blick zu nehmen. Keine leichte Aufgabe. Acht Monate später ist klar, was schon zu vermuten war: Abschiebungen sind immer inhuman und menschenrechtlich abzulehnen. Es gibt keine Abschiebungen ohne besondere Härten. Dies beweisen alle uns bisher gemeldeten Berichte.

Nach Daten der Landesregierung wurden 2021 2.903 Menschen aus Nordrhein-Westfalen abgeschoben. Vor der Pandemie waren es jährlich mehr als doppelt so viele. Viele Abschiebungen aus NRW erfolgen in Länder des Globalen Südens, etwa nach Bangladesch oder Pakistan. Einen besonderen Fokus legt die Landesregierung zudem auf Abschiebungen nach Ghana, Nigeria und Guinea. Erst jüngst hat Flüchtlingsminister Joachim Stamp bei einem Besuch in Ghana ein sogenanntes Rückkehr- u. Reintegrationszentrum eröffnen lassen.

RIGIDE ABSCHIEBUNGSPRAXIS IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Was können wir nach den ersten Monaten Projektarbeit berichten? Uns haben seit Projektbeginn rund 40 Berichte über Abschiebungen aus verschiedenen Regionen von NRW erreicht, die wir näher geprüft haben. Auffällig ist, dass nur fünf Prozent der uns erreichenden Berichte Menschen betreffen, die noch in Landesunterkünften in NRW leben. Berichte zur mitunter langjährigen Landesunterbringung in großen Sammelunterkünften in NRW legen mögliche Ursachen nahe: Die dort untergebrachten Menschen sind oft noch schlechter an eine soziale Infrastruktur oder solidarische Gemeinschaft angebunden, und haben teilweise keine anwaltliche Vertretung.

In Kommunen sieht es dagegen anders aus: dort erleben Nachbar*innen, Mitschüler*innen und viele andere ganz konkret, was Abschiebungen in NRW bedeuten. Ein eindrückliches Beispiel erlebte im Februar 2022 die Dorfgemeinschaft in Bösensell im Kreis Coesfeld: Die Schüler*innen des Dorfes befanden sich gerade auf dem Schulweg, als ein Gefangenentransporter der Zentralen Ausländerbehörde Coesfeld eine sechsköpfige Familie, darunter mehrere schulpflichtige Kinder, zur Abschiebung nach Aserbaidschan abholte. Dies war für alle Beteiligten, aber vor allem für die vielen Kinder, eine traumatische Erfahrung.

KINDERRECHTE VERLETZT

Besonders bedrückend ist die Abschiebungspraxis für die vielen beteiligten Schüler*innen. Während in Österreich eine breite Diskussion über Fragen des Kindeswohls bei Abschiebungen an Fahrt gewonnen hat, ignorieren nordrhein-westfälische Behörden das Thema. Der Kreis Siegen-Wittgenstein nahm im Februar 2022 eine dreifache Mutter beim Termin in der Ausländerbehörde in Abschiebungshaft, Ehemann und die Kinder blieben zurück.

In Schwerte holten die Beamt*innen der Zentralen Ausländerbehörde Unna im Januar 2022 ein sechsjähriges Mädchen nachts mit seinen Eltern aus dem Schlaf, um sie nach Bangladesch abzuschieben. In die Wohnung kam die Behörde mithilfe eines Schlüsseldienstes (siehe Kasten). Obwohl das Mädchen, das als Säugling nach Deutschland kam und in Schwerte eingeschult wurde, sich in der Stresssituation auf dem Weg zum Flughafen sogar übergab, brachen die Beamt*innen die Abschiebung nicht ab. Die Bitte der Landesregierung aus einem Erlass von 2016 an die Ausländerbehörden, in der Nachtzeit keine Kinder unter 14 Jahren abzuschieben, verkommt zum nichtssagenden Papier.

UNSERE KRITIK KOMMT AN

Die vier bisher selbst recherchierten und veröffentlichten Berichte des Projekts „Abschiebungsreporting NRW“ zeigen beispielhaft auf, wie die Skandalisierung einzelner Abschiebungen kommunalpolitische Diskussionen erzeugen kann und damit einen Beitrag zur landespolitischen Diskussion um Abschiebungen leistet. Als wir im Herbst 2021 über die Abschiebung dreier Rom*nja nach über 20 Jahren Leben in Gelsenkirchen in den Kosovo berichteten, kamen wichtige Fragen auf:

Demonstration in München am 6. Juni 2021 © dpa

Wie können aus Deutschland weiterhin Rom*nja abgeschoben werden, als gäbe es keine historische Verantwortung vor dem Hintergrund des Völkermordes an hunderttausenden Sinti*zze und Rom*nja? Wie gehen Abschiebebehörden mit besonders verletzlichen Personen um?

Unter den Abgeschobenen befand sich eine in NRW geborene, 20-jährige, geistig schwer behinderte Romni, die in Gelsenkirchen 14 Jahre die Förderschule besuchte. Kurz nach dem Schulabschluss erfolgte die Abschiebung. Im Stadtrat verstieg sich die Stadtverwaltung auf die These, ein Förderschulabschluss reiche in Deutschland nicht aus für ein Bleiberecht: eine menschenrechtlich untragbare Position, aber Ergebnis einer rein auf vermeintliche Leistungsfähigkeit getrimmten aufenthaltsrechtlichen Gesetzgebung und Anwendungspraxis.

■ Sebastian Rose

EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCH AUS UNNA SCHLÄGT FEHL

Im März 2022 mussten wir uns anwaltlich gegen eine Abmahnung und Unterlassungserklärung der Kreisverwaltung Unna wehren. Der Kreis zeigte sich unzufrieden mit unserer Berichterstattung über seine Abschiebungspraxis und versuchte, uns durch juristischen und finanziellen Druck einzuschüchtern. Innerhalb kürzester Zeit konnten wir durch Spenden unsere Anwaltskosten wieder ausgleichen. In Schwerte und im gesamten Kreis Unna hat der Vorgang eine intensive Debatte um die dortige Abschiebungspraxis und demokratische Kultur ausgelöst. Das heißt, unser Projekt wirkt!

EIN WEITERES RÄDCHEN IN DER ABSCHIEBUNGSMASCHINERIE VERHINDERN

BÜNDNIS GEGEN GEPLANTEN ABSCHIEBEKNAST AM FLUGHAFEN DÜSSELDORF

Das Land Nordrhein-Westfalen plant ein weiteres Abschiebegefängnis, zusätzlich zu dem bisherigen und bundesweit größten in Büren mit 175 Haftplätzen. Der geplante Neubau soll mit 25 Plätzen als sogenannter „Ausreisegewahrsam“ dienen.

Vermutlich liegt der Anlass für den weiteren Knast in den rechtlichen Erleichterungen für die Abschiebebehörden: Den „Ausreisegewahrsam“ können Behörden auch ohne Fluchtgefahr anordnen. Laut Frank Gockel vom Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren“ wird diese Form der Haft seit der Pandemie auch deshalb deutlich häufiger genutzt, weil viele Ausländerbehörden diese Art der Haft zur bequemeren Durchführung des von vielen Ländern bei der Einreise vorgeschriebenen PCR-Tests missbrauchten.

Das Instrument des „Ausreisegewahrsams“ wurde zuletzt 2019 unter dem ehemaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer als Teil seines Hau-Ab-Gesetzes verschärft: Anders als bei der Abschiebehaft reicht für die Anordnung des Ausreisegewahrsams bereits, dass die Ausreisefrist mehr als 30 Tage abgelaufen ist oder die abschiebende Behörde den Eindruck hat, ein Mensch würde seine gesetzlichen Mitwirkungspflichten an seiner Abschiebung verletzen bzw. über seine Identität oder Staatsangehörigkeit täuschen – und bietet damit den Abschiebebehörden größeren Ermessensspielraum.

Der Ausreisegewahrsam muss laut Gesetz im Transitbereich oder in der Nähe eines Flughafens angesiedelt sein. Der Abschiebeknast Büren ist mit 150 Kilometern Entfernung zum Flughafen Düsseldorf demnach zu weit entfernt. Die Bebauung eines landeseigenen Grundstücks in der Stadt Düsseldorf wird von dieser abgelehnt. Daher wird nun auf das Flughafengelände fokussiert und mit der Flughafengesellschaft verhandelt.

Auf Anfrage des Flüchtlingsrates Düsseldorf argumentierte das zuständige Ministerium für Flüchtlinge im November 2021 zynischer Weise, der Bau würde nicht nur den beteiligten Beamt*innen zugutekommen, sondern auch den abzuschiebenden Menschen; sie seien durch den dann kurzen Weg zum Flugzeug geringerer Belastungen ausgesetzt. Die „früh angesetzten Maßnahmen“ – gemeint sind die bislang üblichen, brachialen nächtlichen Überfälle zur Abholung – würden damit angeblich ebenfalls überflüssig werden. Diese Behauptung wird allerdings durch Erfahrungen in bereits existierenden Ausreisegewahrsamseinrichtungen widerlegt.

Zur Durchsetzung einer „Verwaltungsmaßnahme“ soll Abschiebehaft eigentlich nur als Ultima Ratio angeordnet werden. Die Realität ist weit davon entfernt und bundesweit wächst die Anzahl der dafür vorgesehenen Haftplätze unentwegt. Vor der Pandemie hat man allein in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2019 1954 Menschen vor ihrer Abschiebung inhaftiert, die Mehrzahl im Durchschnitt bis zu sechs Wochen. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr insgesamt 10.349 Menschen per Flugzeug abgeschoben.

Ein Knast mit 25 Plätzen mag vielleicht als zu vernachlässigendes Übel erscheinen. Aber mit einer maximalen Haftdauer von 10 Tagen könnten dort pro Jahr knapp tausend Personen eingesperrt werden. Die Erfahrung aus Hamburg zeigt, dass die Plätze quasi dauerhaft belegt sind. Durch die geringeren Inhaftierungshürden ist zudem ein größerer Personenkreis betroffen, potentiell auch Frauen und Kinder. Ein Knast auf dem Flughafengelände wird zudem den Abschiebevorgang selbst noch unsichtbarer machen: Wer erfährt von (nächtlichen) Übergriffen und Gewalt gegenüber den Eingesperrten oder von deren Verzweiflung und Selbstverletzungen bis hin zu Suiziden?

Gegen den geplanten Abschiebeknast haben wir uns vor der anstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gemeinsam in dem landesweiten Bündnis „Abschiebegefängnis verhindern – in Düsseldorf und überall“ zusammengeschlossen. Dort positionieren wir uns klar gegen das gesamte Abschiebesystem. Denn das geplante Gefängnis bildet zwar ein kleines, aber bedeutsames Rädchen der Abschiebemaschinerie.

■ Britta Rabe

Weitere Infos
www.abschiebegefaengnis-verhindern.de

ABSCHIEBEGEFÄNGNIS VERHINDERN – IN DÜSSELDORF UND ÜBERALL

PRÄSENTATION DES GRUNDRECHTE-REPORTS 2022

Am 18. Mai wird in Berlin der neue Grundrechte-Report präsentiert. Inhaltlich ist der Report wie gewohnt breit aufgestellt. Er steht nach der Vielzahl von Umweltkatastrophen im Jahr 2021 schwerpunktmäßig einerseits im Zeichen des Klimaschutzes und beleuchtet hierbei unter anderem den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz sowie das unzureichende Verbandsklagerecht zum Klima- und Umweltschutz. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Situation in Afghanistan nach dem chaotischen Abzug der Bundeswehr Mitte 2021. Im Fokus steht dabei die falsche Lagebewertung der Stabilität des Landes und die deutsche Abschiebepraxis der letzten Jahre.

Auch grundrechtliche Aspekte des Umgangs mit der Corona-Pandemie finden Eingang in den aktuellen Band, ebenso wie illegale Pushbacks seitens der polnischen Behörden an der Grenze zu Belarus. Weiterhin werden rechte Netzwerke innerhalb der Polizei verhandelt, die soziale Gestaltung des Wohnungsmarktes anhand der Entscheidung zum Mietendeckel und der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen!“ in Berlin, sowie die automatisierte Kennzeichenerfassung, die Wiederaufnahme von Strafverfahren und vieles andere.

Der Report wird von der Journalistin und Autorin Ferda Ataman vorgestellt, zu Gast ist Kava Spartak aus dem Vorstand des YAAR e. V., der sich seit Jahren für Flüchtende aus Afghanistan engagiert.

Die Präsentation kann wieder live im Stream verfolgt werden, Informationen dazu finden Sie auf www.grundrechtekomitee.de

Der Grundrechtereport ist für unsere Fördermitglieder kostenlos über die Geschäftsstelle erhältlich und kostet ansonsten 12 Euro. Eine E-Mail an info@grundrechtekomitee.de genügt!

Grundrechte-Report 2022. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland.
Fischer Taschenbuch Verlag
Frankfurt/M., Mai 2022
ISBN 978-3-596-70805-5
224 Seiten

Sternmarsch von Garmisch-Partenkirchen nach Elmau am 7. Juni 2015 © dpa

KOORDINATIONSSTELLE DEMOBEOBACHTUNG

Fünf Jahre sind seit der letzten groß angelegten Demonstrationsbeobachtung des Grundrechtekomitees beim Treffen der G20 in Hamburg vergangen. In den letzten Jahren war das Thema Versammlungsfreiheit vor allem ein theoretisch bearbeiteter Schwerpunkt, sei es in der Beurteilung und Kritik neuer Versammlungsgesetze oder in der Analyse der Versammlungsfreiheit in der Corona-Pandemie. Nun wollen wir uns verstärkt der praktischen Seite der Verteidigung der Versammlungsfreiheit zuwenden und den Faden der Demobeobachtungen wieder aufnehmen. Zu diesem Zweck begrüßen wir Tina Keller in unserem Team. Sie ist 37 Jahre alt und seit vielen Jahren in sozialen Bewegungen aktiv, mit Schwerpunkt auf Klimagerechtigkeit und Antirepression. Tina Keller wird für die nächsten Monate die Koordination der Aktivitäten im Bereich der Demobeobachtung übernehmen. Zu ihren Aufgaben gehört es, zunächst unser Konzept der Demonstrationsbeobachtung zu aktualisieren. Zudem soll sie die Vernetzung mit anderen Akteur*innen intensivieren und prüfen, ob eine Demonstrationsbeobachtung des Ende Juni 2022 anstehen den G7-Gipfels in Elmau realisierbar und sinnvoll ist. Sollten wir uns für die Demobeobachtung in Elmau entscheiden, so wird sie diese organisieren. Solltet ihr Interesse an weiteren Informationen oder einer Teilnahme als Demobeobachter*in haben, meldet euch gerne hier:

info@grundrechtekomitee.de

GRUNDRECHTE KOMITEE.de
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln
Telefon 0221 97269 -30 | Fax -31

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18
BIC GENODE51MIC

@grundrechte1

Redaktion
Sebastian Bähr, Laura Kotzur, Britta Rabe, Michèle Winkler

Layout
Bettina Jung • boo graphics
www.boographics.de

DATENSCHUTZ

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung: Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zuzusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.